

# 1 **Kriegswaffenexporte begrenzen und unter parlamentarische Kontrolle stellen**

2 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag:

3 Die zuständigen SPD-MinisterInnen der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden  
4 aufgefordert, durch entsprechendes Regierungshandeln und das Schaffen einer abschließenden  
5 gesetzlichen Grundlage den Export von Kriegswaffen, die in Deutschland oder von Firmen mit  
6 Hauptsitz in Deutschland hergestellt wurden, zu beenden. Ausgenommen sind Länder, die auf einer  
7 vom Bundestag noch zu beschließenden Positiv-Liste stehen. Diese Liste muss im Bundestag einzeln  
8 nach Ländern alle zwei Jahre abgestimmt werden. Die Länder sind bei der Entscheidung über ihren  
9 Status nicht in einzelne Bundesstaaten teilbar. Hierbei muss der Fraktionszwang aufgehoben werden,  
10 da es sich offensichtlich um eine Gewissensentscheidung handelt.

11 Aktuelle Genehmigungs- und Informationspflichten bleiben bestehen, werden aber durch das  
12 Außenministerium verantwortet.

13 Begründung:

14 Jede Zeit braucht ihre Antworten und die SPD muss die Partei sein, die klare zukunftsweisende  
15 Antworten gibt.

16 In der Vergangenheit befand sich Deutschland oft in der unmittelbaren und geographischen Mitte von  
17 Sicherheits- und Friedenpolitischen Krisen. Und oft waren es Sozialdemokraten, die in diesen Zeiten  
18 Antworten gefunden haben. Heute ist Deutschland nur mittelbar in Kriege und Bürgerkriege  
19 verwickelt. Einerseits durch die Lieferung von Kriegswaffen durch deutsche Firmen in Kriegs- und  
20 Bürgerkriegsgebiete und andererseits durch ein stark erhöhtes Aufkommen an Flüchtlingen aus Kriegs-  
21 und Bürgerkriegsgebieten.

22 Die Genehmigung von Kriegswaffenlieferungen ist unmoralisch, unter gewissen  
23 Abwägungsgesichtspunkten aber in wenigen Fällen hinzunehmen. In vielen Fällen werden die  
24 gelieferten Kriegswaffen entweder vom Empfänger selbst für Kriegshandlungen verwendet, in denen  
25 viele Zivilisten sterben (als plakativstes Beispiel Saudi Arabien im Jemen) oder werden vom Empfänger  
26 an Dritte weitergegeben, die in eben solche Kriegshandlungen verwickelt sind. In der Vergangenheit  
27 wurden Bemühungen angestrengt, die tödliche und zerstörerische Wirkung der gelieferten  
28 Kriegswaffen für die Zivilbevölkerung in den Liefergebieten zu minimieren. Zu nennen sind hier die, in  
29 Verbindung mit jeder Exportgenehmigung, mit den Empfängerländern abgeschlossenen  
30 Endverbleibserklärungen, die Kleinwaffengrundsätze der Bundesregierung vom Mai 2015 sowie das  
31 „Neu gegen Alt“ Prinzip. Alle bisherigen Anstrengungen sind allerdings zumindest unzulänglich.  
32 Insbesondere die tatsächliche Kontrolle der Empfängerländer funktioniert nicht.

33 Hinzunehmen ist der Export von Kriegswaffen in die Länder der Europäischen Union. Auf Grund  
34 zahlreicher Regelungen hinsichtlich der Gleichbehandlung und eines einheitlichen Binnenmarktes  
35 innerhalb der Union, muss der Handel aller Güter, die hergestellt werden dürfen, einheitlich behandelt  
36 werden. Gleiche Standards innerhalb der Europäischen Union sind für eine erfolgreiche Zukunft  
37 unabdingbar. Auch bestimmte Länder außerhalb der Europäischen Union, wie zum Beispiel NATO  
38 Partner sollten nach einzelner Prüfung als Empfängerländer zugelassen werden. Die Gesamtheit aller  
39 Länder in die Kriegswaffen exportiert werden dürfen, sollte auf einer vom Bundestag zu erstellen  
40 Positiv-Liste aufgeführt aktualisiert werden. Dies hat eine höhere Verantwortlichkeit der einzelnen  
41 Abgeordneten zur Folge und entspricht der Bedeutung des Bundestages als oberstes  
42 Entscheidungsgremium in Deutschland.

43 Neben dem moralischen Aspekt gibt es noch einen real-/ innerpolitischen Aspekt, der sich in der nahen  
44 Vergangenheit immens auf die politische Diskussion in Deutschland ausgewirkt hat. Wie schon oben

45 ausgeführt leidet unter den Kriegen und Bürgerkriegen, die teilweise mit deutschen Kriegswaffen  
46 durchgeführt werden, besonders die Zivilbevölkerung. Viele Millionen sind auf der Flucht. Aus Angst  
47 um ihr Leben oder das Leben ihrer Familien. Hunderttausende sind in Deutschland angekommen. Ein  
48 Aufkommen an Asylsuchenden, wie es in den letzten drei Jahren zu verzeichnen war, ist für die  
49 deutsche Gesellschaft langfristig nicht zu bewältigen. Da das verfassungsgegebene Recht auf Asyl aber  
50 natürlich nicht quantitativ zu begrenzen ist, müssen andere Lösungen für dieses Problem gefunden  
51 werden. Eine Beendigung deutscher Kriegswaffenlieferung wäre diesbezüglich ein Schritt in die richtige  
52 Richtung.